

Saarland
klagt gegen
französisches
Atomkraftwerk
**BERICHT
AUF SEITE 6**

BERLIN IST STRAHLUNGSSICHER — SAGT DER SENAT (S.20)

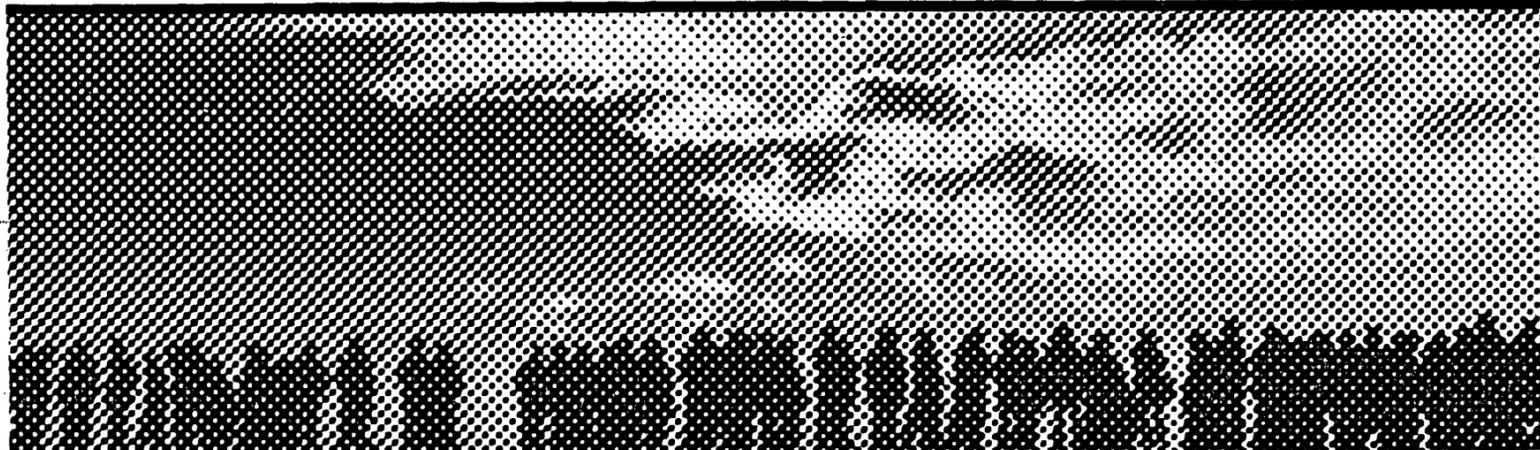
die tageszeitung

MITTWOCH, 30.4.86
NR. 1846 · 18. WOCHE · JAHRGANG 9

T A Z B E R L I N

POSTFACH 65109
1000 BERLIN 65

DM 1,20



Reaktorkatastrophe in der UdSSR Zehntausende evakuiert

Die Sowjetunion bittet international um technische Hilfeleistung / Das AKW brennt / Reaktorkern durchgeschmolzen / 60 km „Sicherheitszone“ / Folgen und genaue Ausmaße unabsehbar / Moskau spricht von Katastrophe / UPI-Informationen: 2.000 Tote

Stockholm/Moskau (afp/ap/dpa) — Bei dem am Montag bekannt gewordenen Unfall in einem der vier Reaktoren der sowjetischen Atomzentrale bei Tschernobyl in der Ukraine handelte es sich um das schwerste Unglück, daß in einem Atomkraftwerk geschehen kann.

Der Reaktorkern ist geschmolzen und große Mengen des radioaktiven Inventars der Anlage wur-

den freigesetzt. Die sowjetischen Behörden erklärten eine 60-Kilometer-Zone rund um den Ort Tschernobyl und die 30.000 Einwohner zählende Industrie-Stadt Pripiat zur Sicherheitszone und ließen offenbar mehrere zehntausend Menschen evakuieren. Der schwedische Rundfunk berichtet unter Berufung auf „außergewöhnlich gut unterrichtete Kreise“ von langen LKW-Kolonnen, die von Kiew aus auf dem

Weg nach Norden seien. Das sowjetische Außenministerium teilte mit, daß das 133 Kilometer vom Katastrophenort entfernte Kiew vorläufig für ausländische Diplomaten gesperrt sei. Auslands-Korrespondenten berichteten, daß in Minsk — rund 500 Kilometer nördlich des AKWs — eine Panik ausgebrochen sei. Gleichzeitig baten die sowjetischen Botschafter in Schweden und der Bundesrepublik Deutschland um tech-

nische Hilfe durch Reaktor-Experten. Das deutet darauf hin, daß der Reaktor noch gestern mittag brannte, und die Verantwortlichen sich nicht in der Lage sahen, den Brand alleine zu löschen und die weitere Verbreitung radioaktiver Spaltprodukte zu verhindern.

Brandherd sind große Mengen Graphit, reiner Kohlenstoff, welcher Konstruktions-Bestandteil dieser ausschließlich in der Sowjetunion verwendeten Reaktor-Linie vom Typ eines „graphitmoderierten Siedwasserreaktors“ ist und der sich bei dem Unfall wegen der hohen Temperaturen entzündete. In Stockholm, so hieß es aus offizieller Quelle, habe man nach schwedischen „Erfahrungen“ mit Bränden in solchen Reaktoren gefragt. Andere Mitglieder der sowjetischen Botschaft baten nach Angaben der Nachrichtenagentur AP in Bonn um Medikamenten-Lieferungen und die Entsendung von Strahlenschutz-Experten. Auch Sowjet-Botschafter Juli Kwizinski traf zu einem Ge-

spräch mit Staatssekretär Ruhfus aus dem Auswärtigen Amt zusammen, um die Lage zu erörtern. Ob und welche Art von Hilfe zugesagt wurde, war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Die sowjetische Regierung hielt an ihrer Nachrichtensperre fest, gestand aber ein, daß „zwei Menschen ums Leben gekommen sind“. Die US-Nachrichtenagentur UPI hat dagegen aus der Bevölkerung erfahren, daß das Kiewer Krankenhaus „Oktober“ mit verstrahlten Patienten belegt und bisher über 2000 Menschen gestorben sein sollen. Forschungsminister Riesenhuber stellte fest, daß der deutschen Bevölkerung keine Gefahr drohe und daß ein solcher „Super-GAU“ (GAU = Größter Anzunehmender Unfall) in bundesdeutschen Reaktoren wegen besserer Sicherheitsvorkehrungen nicht geschehen könne. Die Grünen im Bundestag forderten die Einsetzung eines Krisenstabes in Bonn.

Fortsetzung auf Seite 2
Tagesthema Seite 3

Nach Loch in der Wand: Isolation

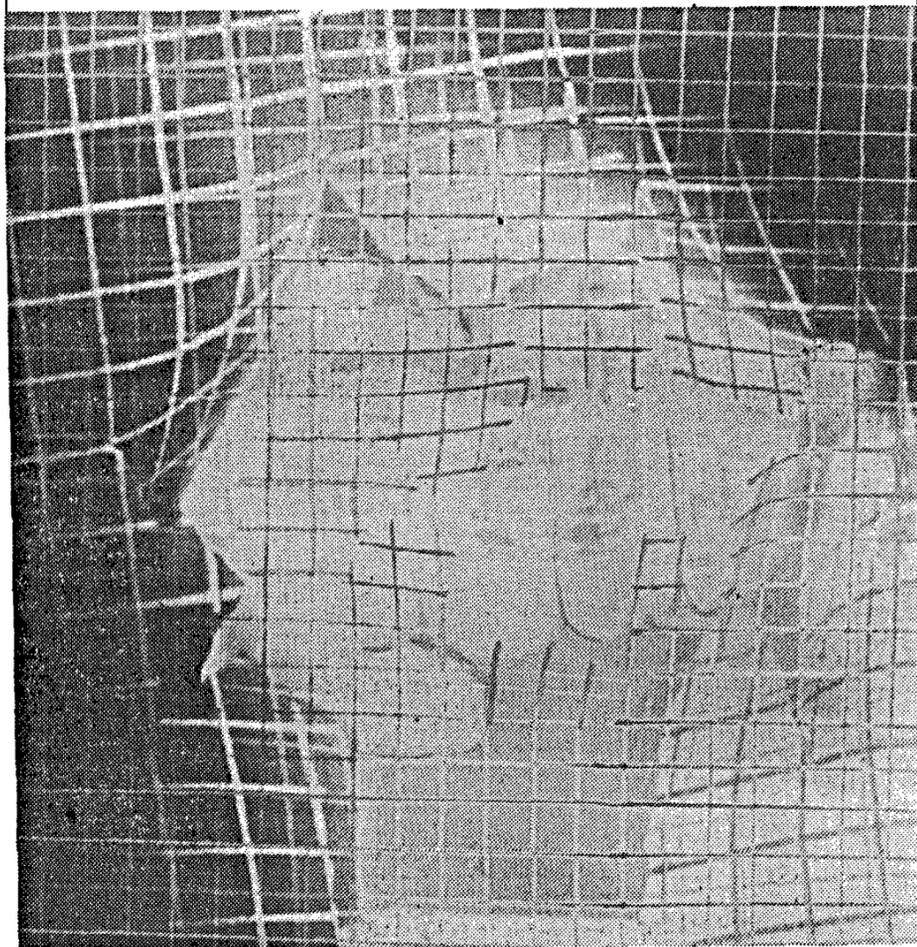


Foto: Saba Laudanna

Nur ein Loch in der Mauer? — Ministerpräsident Albrecht will nicht verstehen, wie man sich über den Verfassungsschutzanschlag in Celle ereifern kann. Unterschlagen wird bis jetzt, welche Konsequenzen der Anschlag von Staats wegen für den Gefangenen Sigurd Debus, dem die vorgetäuschte Befreiungsaktion galt, hatte. Debus kam in Isolations-

haft, und nach Fertigstellung des Celler Hochsicherheitsstraktes wurde er dorthin verlegt. Auch für die übrigen RAF-Gefangenen wurde der Anschlag zum Anlaß genommen, Haftverschärfungen durchzusetzen.

Siehe Interview auf Seite 5

Niedersachsens V-Leute-Trio

Albrecht wollte außer Loudil noch weitere V-Leute in die RAF-Szene einschleusen

Aus Berlin Jürgen Gottschlich

Nach Recherchen der taz waren an dem Versuch des niedersächsischen Verfassungsschutzes 1978 eigene V-Leute in die RAF einzuschleusen, außer dem von Ministerpräsident Albrecht benannten Klaus-Dieter Loudil noch zwei weitere Spitzel beteiligt.

Bei diesen handelt es sich einmal um Manfred Berger, der wie Loudil zusammen mit Sigurd Debus in der Justizvollzugsanstalt Celle gesessen hatte und um einen Kroaten Namens Zelko Susitsch. Die drei hatten bereits vor dem dann vom Verfassungsschutz inszenierten Anschlag mehrmals erfolglos versucht, Leute zu einer „Befreiungsaktion Debus“ zu überreden.

Auch im Anschluß an den Celler Anschlag, betätigten sich die drei in mehreren bundesdeutschen Städten, aber auch in Amsterdam

und Paris als agent-provocateurs, die Straftaten zu provozieren versuchten.

Loudil, der im Frühjahr 1979 begnadigt wurde, wohnte bis Freitag letzter Woche, als die wahre Urheberschaft des Celler Anschlages enttarnt wurde, in dem nordhessischen Städtchen Witzenhausen. Für die taz war er nicht mehr zu sprechen, die Kneipe, die er zusammen mit seiner Freundin betrieb, ist vorübergehend geschlossen. Berger sitzt mittlerweile wieder in Niedersachsen im Knast, Susitsch angeblich in Jugoslawien.

Unter dem Strich ist bei Albrechts Liaison mit den „schweren Jungs“ außer vielen haltlosen Verdächtigungen nichts anderes herausgekommen, als die Aufklärung von Straftaten, die sie vorher selbst angeschoben hatten.

Berichte Seite 4 und 5

Freispruch für taz-Reporterin

Wegen Rädelsführerschaft bei der Besetzung der Firma Sonnenschein in Westberlin am 8.3.85 wurde die taz-Reporterin ~~Marianne Modrow~~ angeklagt. Gestern wurde sie freigesprochen. Bericht Seite 6

Protest gegen Paraguay

Die Bundesregierung hat bei der Regierung Paraguays Protest wegen des gewaltsamen Vorgehens gegen westdeutsche Journalisten eingelegt. Bericht Seite 7

Beharrlichkeit zählt sich aus

Der Vorstand der Bayernwerk AG hat das bisher beste Betriebsergebnis ihrer AG 1984/85 als „Folge beharrlicher Kernenergiepolitik“ gewertet. Man sei froh, gegenüber dem öffentlichen Druck keine Konzessionen gemacht zu haben. [Warum hat das bloß keiner den Russen mal gesagt, d.L.]

Rau erleuchtet

Als Irrweg hat der SPD Kanzlerkandidat Rau den „Einstieg in die großtechnische Plutonium-Wirtschaft“ bezeichnet. Seine Partei müsse aber weiterhin auf „Kernkraftwerke auf Uranbasis“ setzen.

Polizisten gefesselt — Safes geknackt

„Knackt die Türen auf, laßt die Scheine frei“ mögen sich zehn Männer in Nizza gedacht haben. Gedacht getan — die alarmierte Polizei wurde von dem bewaffneten Team überwältigt, gefesselt und vor die leeren Safes plaziert.

Albrecht kein Terrorist?

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann will in Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag auf den Celler Knast kein Ermittlungsverfahren gegen Albrecht, Möcklinghoff, Schmidt, Börner & Co. wegen besserer Sicherheitsvorkehrungen nicht geschehen könne. Die Grünen im Bundestag forderten die Einsetzung eines Krisenstabes in Bonn.

Bundeswehr und Frauen

Generalinspekteur Altenburg hat der Presse kundgetan, daß trotz aller Personalengpässe bei der Bundeswehr „Frauen auch weiterhin kein Planungsfaktor“ seien.

Plädoyers im Hoffmann-Prozeß

In dem seit über anderthalb Jahren andauernden Mordprozeß gegen den rechtsradikalen Ex-Wehrsportchef Karlheinz Hoffmann beginnen am 5. Mai im Nürnberger Schwurgericht die Plädoyers. Hoffmann ist verdächtigt, den jüdischen Verleger Shlomo Lewin und dessen Lebensgefährtin Frida Poerschke ermordet zu haben.

Tod in Polizei-Toilette

In der Toilette eines Braunschweiger Polizeireviere hat sich ein 19-jähriger erschossen. Der junge Mann war festgenommen worden, weil er betrunken Mofa fuhr. Ungeklärt ist, woher er die Pistole hatte.

Gewaltfrei gegen Apartheid-Terror

Der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands und das SPD-Präsidium haben auf einem Treffen betont, man müsse gewaltfreien Druck auf Südafrika ausüben, um die Regierung in Pretoria zu einem Kurswechsel zu bewegen. Wenn die Schwarzen damit so erfolgreich sind, wie die gewaltfreien Nachrüstungsgegner in der BRD....